

„Die Bürger in Südkärnten brauchen einen besseren Zugang zum Recht und nicht längere Wege zu Gerichten. Die Schließung von Bezirksgerichten unter dem Deckmantel einer Reform ist das falsche Signal,“

„Sand in die Augen der Bevölkerung“

(Auszugsweise aus: volksgruppen.orf.at/slovinci/meldungen, 19. 6. 2026)

Landtagsabgeordneter Franz Josef Smrtnik (TK) kritisiert die im Zuge der Novellierung des Volksgruppengesetzes geplanten Änderungen im Bereich der zweisprachigen Gerichtsbarkeit. Die Reform könnte zur Schließung weiterer, verfassungsrechtlich verankerter Bezirksgerichte in Kärnten führen – insbesondere in Südkärnten.

Sorge um längere Wege und weniger Service

Gerade im Jubiläumsjahr des Volksgruppengesetzes sei es laut Team Kärnten der falsche Ansatz, strukturelle Einschnitte im ländlichen Raum vorzunehmen. Stattdessen brauche es eine inhaltlich durchdachte und zukunftsorientierte Reform, die sowohl den Anliegen der Volksgruppen als auch jenen der regionalen Bevölkerung Rechnung trage. „Die Bürger in Südkärnten brauchen einen besseren Zugang zum Recht und nicht längere Wege zu Gerichten. Die Schließung von Bezirksgerichten unter dem Deckmantel einer Reform ist das falsche Signal,“ stellen Smrtnik wie Team Kärnten-Chef, Gerhard Köfer, in einer Aussendung fest.

Auch die von Justizministerin Anna Sporrer abgehaltene Pressekonferenz habe die geäußerten Bedenken nicht ausräumen können. Vor allem die geplante organisatorische Verlegung der zweisprachigen Gerichte stoße auf Kritik. „Wenn die Standorte der zweisprachigen Gerichte organisatorisch verlegt werden und lediglich einzelne Verhandlungen – auf Wunsch und über Antrag – vor Ort abgewickelt werden können, ist das nichts anderes als Sand in die Augen der Bürgerinnen und Bürger in den betroffenen Regionen Südkärntens“, so Smrtnik.

Forderung nach umfassender Reform

Smrtnik betont, dass gerade das Jubiläumsjahr des Volksgruppengesetzes genutzt werden sollte, um eine umfassende Reform zu erarbeiten. Diese müsse sowohl einen modernen, zeitgemäßen Volksgruppenschutz gewährleisten als auch den Zugang zum Recht im ländlichen Raum sichern.